

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort zur 17. Auflage</b> . . . . .	<b>V</b>	
<b>Vorwort zur 1. Auflage (Auszug)</b> . . . . .	<b>VII</b>	
<b>Prüfungsschemata – Überblick</b> . . . . .	<b>XVII</b>	
<b>Abkürzungen</b> . . . . .	<b>XVIII</b>	
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	<b>XXIV</b>	
<b>1</b>	<b>Grundsatz der Gewaltentrennung; Begriff und Wesen der Verwaltung</b> . . . . .	<b>1</b>
1.1	Grundsatz der Gewaltentrennung . . . . .	1
1.2	Begriff und Wesen der Verwaltung . . . . .	2
<b>2</b>	<b>Träger der öffentlichen Verwaltung</b> . . . . .	<b>4</b>
2.1	Juristische Personen des öffentlichen Rechts. . . . .	4
2.1.1	Körperschaften . . . . .	4
2.1.2	Anstalten . . . . .	7
2.1.3	Stiftungen . . . . .	7
2.2	Rechtsträger des Privatrechts . . . . .	7
2.3	Privatisierungen . . . . .	9
<b>3</b>	<b>Grundsatz der Gesetzmäßigkeit; Rechtsquellen des Verwaltungsrechts; Verwaltungsvorschriften; Verwaltungsrechtsverhältnis</b> . . . . .	<b>10</b>
3.1	Grundsatz der Gesetzmäßigkeit . . . . .	10
3.1.1	Allgemeines . . . . .	10
3.1.2	Vorrang des Gesetzes . . . . .	12
3.1.3	Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	13
3.2	Rechtsquellen . . . . .	18
3.2.1	Arten . . . . .	18
3.2.2	Exkurs: Rechtsquellen der Europäischen Union . . . . .	22
3.2.3	Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht – Abgrenzung	24
3.2.4	Anwendbarkeit des VwVfG . . . . .	27
3.3	Ergänzung des Verwaltungsrechts durch bürgerliches Recht . . . . .	28
3.4	Rangordnung der Rechtsquellen . . . . .	29
3.5	Normprüfungs- und Verwerfungskompetenz . . . . .	32
3.6	Verwaltungsvorschriften . . . . .	32
3.6.1	Begriff, Zweck und Arten; Abgrenzung . . . . .	32
3.6.2	Abgrenzung von Rechtsquellen . . . . .	33
3.6.3	Bedeutung der Verwaltungsvorschriften im Außenverhältnis; Selbstbindung der Verwaltung . . . . .	35

3.7	Das Verwaltungsrechtsverhältnis . . . . .	39
3.7.1	Begriff und Bedeutung . . . . .	39
3.7.2	Arten . . . . .	40
3.7.3	Das subjektive öffentliche Recht . . . . .	40
3.8	Informationsrechte der Bürger . . . . .	42
3.9	Digitalisierung der Verwaltung . . . . .	45
3.9.1	Allgemeine Rechtsentwicklung der Verwaltungsdigitalisierung . . . . .	45
3.9.2	Onlinezugangsgesetz (OZG) . . . . .	49
3.9.3	E-Government-Gesetz (EGovG) . . . . .	49
3.9.4	De-Mail-Gesetz . . . . .	51
3.9.5	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) . . . . .	53
3.9.6	Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) . . . . .	57
3.9.7	Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) . . . . .	57
3.9.8	Vertrauensdienstgesetz (VDG) . . . . .	58
3.9.9	Identifikationsnummerngesetz (IDNrG) . . . . .	60
<b>4</b>	<b>Verwaltungshandeln . . . . .</b>	<b>60</b>
4.1	Arten . . . . .	60
4.1.1	Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Verwaltungshandeln – Übersicht . . . . .	60
4.1.2	Öffentlich-rechtliches Verwaltungshandeln im Einzelnen (Überblick) . . . . .	65
4.2	Verwaltungsverfahren . . . . .	67
4.3	Verwaltungsakt . . . . .	69
4.3.1	Begriff . . . . .	69
4.3.1.1	Verwaltungsakt allgemein . . . . .	69
4.3.1.2	Allgemeinverfügung . . . . .	79
4.3.1.3	Verwaltungsakt kraft gesetzlicher Anordnung . . . . .	82
4.3.1.4	Vollautomatischer Verwaltungsakt . . . . .	82
4.3.2	Bedeutung; Funktionen . . . . .	84
4.3.2.1	Regelungsfunktion . . . . .	84
4.3.2.2	Titelfunktion . . . . .	86
4.3.2.3	Prozessrechtliche und verfahrensrechtliche Funktionen . . . . .	87
4.3.3	Arten . . . . .	87
4.3.3.1	Bedeutung der Einordnung . . . . .	87
4.3.3.2	Einteilung nach dem Inhalt . . . . .	88
4.3.3.3	Einteilung nach der Wirkung für die betroffene Person . . . . .	89
4.3.3.4	Einteilung nach der zeitlichen Wirkung . . . . .	90
4.3.3.5	Einteilung nach der Beteiligung der betroffenen Person . . . . .	90
4.3.3.6	Einteilung nach den Entscheidungsgrenzen . . . . .	90
4.3.3.7	Sonderformen . . . . .	91
4.3.3.7.1	Vorläufiger Verwaltungsakt . . . . .	91

4.3.3.7.2	Fiktiver Verwaltungsakt – Genehmigungsfiktion . . . . .	91
4.3.4	Rechtmäßigkeit . . . . .	94
4.3.4.1	Begriff; Abgrenzung . . . . .	94
4.3.4.2	VA-Befugnis . . . . .	94
4.3.4.3	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	96
4.3.4.3.1	Zuständigkeit . . . . .	96
4.3.4.3.2	(Wesentliche) Verfahrensregelungen . . . . .	100
4.3.4.3.2.1	Allgemein . . . . .	100
4.3.4.3.2.2	Ausgeschlossene Personen . . . . .	101
4.3.4.3.2.3	Anhörung . . . . .	102
4.3.4.3.3	Form . . . . .	105
4.3.4.3.4	Weitere formelle Anforderungen . . . . .	109
4.3.4.4	Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	109
4.3.4.4.1	Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	109
4.3.4.4.2	Tatbestandsmäßigkeit . . . . .	110
4.3.4.4.3	Richtiger Adressat . . . . .	110
4.3.4.4.4	Keine Unmöglichkeit . . . . .	110
4.3.4.4.5	Zutreffende Rechtsfolge . . . . .	110
4.3.4.4.6	Bestimmtheit . . . . .	110
4.3.4.4.7	Verhältnismäßigkeit . . . . .	112
4.3.4.4.8	Keine entgegenstehende Zusicherung . . . . .	116
4.3.4.4.9	Beachtung der Grundrechte . . . . .	116
4.3.4.5	Heilung . . . . .	116
4.3.5	Bekanntgabe . . . . .	122
4.3.5.1	Bedeutung; Begriff . . . . .	122
4.3.5.2	Nichtförmliche Bekanntgabe . . . . .	122
4.3.5.3	Förmliche Bekanntgabe (Zustellung); Zustellungsarten . . . . .	128
4.3.5.4	Heilung von Zustellungsmängeln . . . . .	134
4.3.6	Wirksamkeit . . . . .	134
4.3.7	Der fehlerhafte Verwaltungsakt . . . . .	138
4.3.7.1	Arten (Überblick) . . . . .	138
4.3.7.2	Fehler, die Nichtigkeit zur Folge haben . . . . .	141
4.3.7.3	Fehler, die Vernichtbarkeit zur Folge haben . . . . .	147
4.3.7.4	Sonstige Fehler . . . . .	148
4.4	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt . . . . .	149
4.4.1	Zweck . . . . .	149
4.4.2	Abgrenzung von Inhaltsbestimmungen . . . . .	150
4.4.3	Begriffe und Abgrenzung . . . . .	153
4.4.4	Rechtmäßigkeit . . . . .	159
4.5	Ermessen . . . . .	165
4.5.1	Begriff; Abgrenzung von der gebundenen Verwaltung . . . . .	165
4.5.2	Einräumung; Arten . . . . .	168
4.5.3	Ermessensausübung . . . . .	171

4.5.4	Ermessensreduktion . . . . .	174
4.5.5	Ermessensfehler . . . . .	175
4.5.5.1	Ermessensüberschreitung . . . . .	176
4.5.5.2	Ermessensfehlgebrauch . . . . .	178
4.6	Unbestimmte Rechtsbegriffe; Beurteilungsspielraum . . . . .	181
4.6.1	Unbestimmte Rechtsbegriffe . . . . .	181
4.6.2	Beurteilungsspielraum . . . . .	182
4.7	Erlaubnisse – Grundtypen . . . . .	184
4.7.1	(Präventives) Verbot mit Erlaubnisvorbehalt . . . . .	184
4.7.2	Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt . . . . .	185
4.7.3	Anzeigengebot . . . . .	185
4.7.4	(Repressives) Verbot mit Befreiungsvorbehalt . . . . .	185
4.8	Bestandskraft . . . . .	186
4.8.1	Wiederaufgreifen des Verfahrens; Allgemeines; Begriff . . . . .	187
4.8.2	Abgrenzung des Zweitverfahrens vom Neuverfahren . . . . .	188
4.8.3	Entscheidungen der Behörde . . . . .	188
4.8.3.1	Entscheidung über das Wiederaufgreifen . . . . .	189
4.8.3.1.1	Verpflichtung zum Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .	189
4.8.3.1.1.1	Zulässigkeit des Antrages . . . . .	189
4.8.3.1.1.2	Begründetheit des Antrages . . . . .	190
4.8.3.1.2	Wiederaufgreifensemessen . . . . .	190
4.8.3.2	Entscheidung in der Sache . . . . .	191
4.9	Rücknahme und Widerruf . . . . .	193
4.9.1	Allgemeines . . . . .	193
4.9.2	Rücknahme (§ 48 VwVfG) . . . . .	196
4.9.3	Widerruf (§ 49 VwVfG) . . . . .	204
4.9.4	Folgen der Aufhebung . . . . .	207
4.10	Zusage und Zusicherung . . . . .	210
4.10.1	Begriff . . . . .	210
4.10.2	Zusicherung . . . . .	211
4.10.3	Rechtsnatur der Zusicherung . . . . .	211
4.10.4	Wirksamkeit . . . . .	212
4.10.5	Rechtmäßigkeit . . . . .	212
4.10.6	Rücknahme und Widerruf . . . . .	213
4.10.7	Abgrenzung . . . . .	213
4.11	Öffentlich-rechtlicher Vertrag . . . . .	214
4.11.1	Begriff, Rechtsquellen und Abgrenzung zum privatrechtlichen Vertrag und zum Verwaltungsakt . . . . .	214
4.11.2	Arten . . . . .	215
4.11.2.1	Koordinationsrechtliche Verträge . . . . .	215
4.11.2.2	Subordinationsrechtliche Verträge . . . . .	216
4.11.2.3	Abgrenzung . . . . .	217
4.11.3	Zustandekommen . . . . .	218

4.11.4	Rechtmäßigkeit . . . . .	218
4.11.4.1	Allgemeines . . . . .	218
4.11.4.2	Rechtmäßigkeit der Handlungsart . . . . .	219
4.11.4.3	Rechtmäßigkeit des Inhalts . . . . .	220
4.11.5	Nichtigkeit . . . . .	221
4.11.6	Erfüllung, Anpassung und Kündigung . . . . .	223
4.11.7	Durchsetzung . . . . .	223
4.11.7.1	Grundsatz . . . . .	223
4.11.7.2	Vollstreckung . . . . .	224
4.11.8	Entwicklung . . . . .	224
4.12	Schlüchtes Verwaltungshandeln . . . . .	225
4.12.1	Bedeutung und Begriff . . . . .	225
4.12.2	Anforderungen an die Rechtmäßigkeit, Rechtsschutz, Fehlerfolgen . . . . .	226
<b>5</b>	<b>Verwaltungszwang . . . . .</b>	<b>227</b>
5.1	Allgemeines; Arten . . . . .	227
5.2	Zwangsmittel . . . . .	229
5.2.1	Abgrenzung von Ahndungsmitteln . . . . .	229
5.2.2	Arten; Begriffe . . . . .	230
5.2.3	Abgrenzung des unmittelbaren Zwanges von der Ersatzvornahme . . . . .	231
5.2.4	Auswahl der Zwangsmittel . . . . .	232
5.2.5	Voraussetzungen . . . . .	233
5.2.6	Verfahren . . . . .	234
5.3	Sofortiger Vollzug . . . . .	237
5.3.1	Begriff . . . . .	237
5.3.2	Abgrenzung zur Ersatzvornahme und zur Sicherstellung . . . . .	237
5.3.3	Voraussetzungen . . . . .	239
5.3.4	Kosten . . . . .	242
5.4	Rechtsschutz . . . . .	242
<b>6</b>	<b>Verwaltungsrechtsschutz . . . . .</b>	<b>244</b>
6.1	Allgemeines . . . . .	244
6.2	Rechtsschutz innerhalb der Verwaltung . . . . .	244
6.3	Rechtsschutz gegenüber der Verwaltung . . . . .	244
6.4	Formlose und förmliche Rechtsbehelfe . . . . .	244
6.4.1	Formlose Rechtsbehelfe . . . . .	244
6.4.2	Förmliche Rechtsbehelfe . . . . .	247
6.4.2.1	Überblick . . . . .	247
6.4.2.2	Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz . . . . .	247
6.4.2.2.1	Die Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	247

6.4.2.2.2	Klagearten . . . . .	248
6.4.2.2.2.1	Allgemein . . . . .	248
6.4.2.2.2.2	Anfechtungsklage . . . . .	253
6.4.2.2.2.3	Verpflichtungsklage . . . . .	257
6.4.2.2.2.4	Allgemeine Leistungsklage . . . . .	259
6.4.2.2.2.5	Feststellungsklage . . . . .	261
6.4.2.2.2.6	Fortsetzungsfeststellungsklage . . . . .	263
6.4.2.2.2.7	Normenkontrollklage . . . . .	264
6.5	Vorverfahren . . . . .	265
6.5.1	Erfordernis; Zweck; Beginn . . . . .	265
6.5.2	Rechtliche Grundlagen . . . . .	266
6.5.3	Zulässigkeit des Widerspruchs . . . . .	267
6.5.3.1	Übersicht . . . . .	267
6.5.3.2	Verwaltungsrechtsweg . . . . .	268
6.5.3.3	Statthaftigkeit . . . . .	269
6.5.3.4	Ordnungsgemäße Einlegung . . . . .	277
6.5.3.5	Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit; Bevollmächtigte . . . . .	283
6.5.3.6	Widerspruchsbefugnis . . . . .	284
6.5.3.7	Das (allgemeine) Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	288
6.5.3.8	Unzulässigkeit, Rücknahme, Verzicht . . . . .	289
6.5.4	Begründetheit des Widerspruchs . . . . .	290
6.5.4.1	Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs . . . . .	290
6.5.4.1.1	Rechtswidrigkeit . . . . .	290
6.5.4.1.2	Rechtsverletzung . . . . .	291
6.5.4.1.3	Kein Ausschluss des Aufhebungsanspruchs . . . . .	294
6.5.4.1.4	Zweckwidrigkeit . . . . .	298
6.5.4.2	Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs . . . . .	299
6.5.5	Die maßgebliche Sach- und Rechtslage . . . . .	304
6.5.6	Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde . . . . .	304
6.5.6.1	Die umfassende Kontrollkompetenz . . . . .	304
6.5.6.2	Grenzen . . . . .	305
6.5.6.3	Verböserung im Widerspruchsverfahren . . . . .	306
6.5.7	Kostenentscheidung im Widerspruchsverfahren . . . . .	307
6.5.8	Entscheidungszuständigkeit . . . . .	308
6.5.9	Widerspruchentscheidungen und Bescheide über Widersprüche . . . . .	310
6.5.9.1	Allgemeines . . . . .	310
6.5.9.2	Abhilfebescheid . . . . .	311
6.5.9.3	Widerspruchsbescheid . . . . .	313
6.6	Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	314
6.6.1	Bedeutung . . . . .	314
6.6.2	Arten; grundsätzliche Abgrenzung . . . . .	314

6.6.3	Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Anfechtungsklage . . . . .	316
6.6.3.1	Bedeutung; Umfang . . . . .	316
6.6.3.2	Voraussetzungen . . . . .	317
6.6.4	Dauer der aufschiebenden Wirkung . . . . .	318
6.6.5	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung . . . . .	319
6.6.5.1	Allgemein . . . . .	319
6.6.5.2	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes . . . . .	319
6.6.5.2.1	Ausschluss beim Anfordern öffentlicher Abgaben und Kosten . . . . .	319
6.6.5.2.2	Ausschluss bei unaufschiebbaren Verwaltungsakten von Polizeivollzugsbeamten . . . . .	320
6.6.5.2.3	Ausschluss in anderen durch Bundesgesetz vorgeschriebenen Fällen . . . . .	321
6.6.5.2.4	Ausschluss von Vorhaben betreffend die Zulassung von Bundesverkehrswegen und Mobilfunknetzen . . . . .	322
6.6.5.3	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	322
6.6.5.3.1	Ausdrückliche Anordnung . . . . .	322
6.6.5.3.2	Rechtsnatur der Anordnung . . . . .	322
6.6.5.3.3	Rechtmäßigkeitsanforderungen . . . . .	323
6.6.5.3.4	Wirksamkeit der Anordnung . . . . .	326
6.6.6	Aussetzung der Vollziehung; Anordnung oder (Wieder-)Herstellung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	327
6.6.7	Drittwiderrspruch und aufschiebende Wirkung . . . . .	329
6.6.8	Einstweilige Anordnung . . . . .	330
<b>Anhang</b>	<b>Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .</b>	333
1.	Funktion einer Belehrung . . . . .	333
2.	Pflicht zur Erteilung einer Belehrung . . . . .	333
3.	Anforderungen an eine ordnungsgemäße Belehrung . . . . .	333
4.	Ergänzende Zusätze . . . . .	334
5.	Folgen bei richtiger und fehlender oder unrichtiger Belehrung . . . . .	337
5.1	Folgen bei richtiger Belehrung . . . . .	337
5.2	Folgen bei fehlender oder unrichtiger Belehrung . . . . .	337
5.3	Nachholung und Berichtigung . . . . .	338
<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>339</b>	